



Protest gegen die Regierung in São Paulo

BRASILIEN

Das Ende der großen Sause

Die Mittelschicht ist wütend über Korruption, Größenwahn und das Gefühl, vom neuen Reichtum nichts zu haben. Weil Reformen ausbleiben, stockt das Wirtschaftswachstum.

Das Hotel Glória war Brasiliens erste Adresse. Staatschefs stiegen in dem Prachtbau ab, als Rio de Janeiro noch Hauptstadt war. Doch der Glanz verblasste, die Gäste blieben aus. Dann kaufte vor fünf Jahren ein Multimilliardär das Hotel und versprach, den alten Ruhm zurückzubringen.

Eike Batista, damals Brasiliens reichster Mann, hatte große Pläne: Er wollte ein Luxus-Resort bauen, mit Hubschrauberlandeplatz und Yachthafen. Er heuerte Stararchitekten an, der Bau wurde bis auf die Grundmauern entkernt. Zur Fußball Weltmeisterschaft im kommenden Jahr sollte das Hotel wiedereröffnet werden. Doch jetzt stehen die Kräne auf dem Grundstück still. Die meisten Arbeiter wurden entlassen. Durch die Fenster pfeift der Wind, unter einer Markise schläft ein Obdachloser. Das Hotel steht zum Verkauf. Dem Multimilliardär ist das Geld ausgegangen.

Der Niedergang des Batista-Imperiums symbolisiert das Stocken des Wirtschaftsbooms - und der Multimilliardär verkörpert all das, wogegen derzeit Hundert-

tausende Brasilianer vor allem aus der Mittelschicht im ganzen Land protestieren: Vetternwirtschaft, Größenwahn und den wundersamen Reichtum einiger weniger. Angefangen hatte es mit Protesten gegen eine Fahrpreiserhöhung von 20 Centavos, aber es geht längst um mehr: um die Frage, für wen dieses Land da sein soll; was wichtiger ist, neue Krankenhäuser oder glitzernde Sportstadien.

Batista verstand sich hervorragend mit Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, der ihn als Vorbild für das neue Brasilien pries. Er bekam horrenden Kredite vom Staat; und als sein Sohn einen Radfahrer totfuhr, verhinderten teure Anwälte eine Haftstrafe. Ein KonInáciom, an dem Batista beteiligt ist, erhielt den Zuschlag für die Verwaltung des umgebauten Maracanã-Stadions in Rio. Auch die Renovierung des Hotel Glória wird mit einem Kredit der staatlichen Entwicklungsbank finanziert. Und der Staatskonzern Petrobras soll Batistas marode Hafenanlagen profitabel machen.

Der Unternehmer stieg bis 2012 zum siebtreichsten Mann der Welt auf, mit einem Vermögen von 30 Milliarden Dollar. Danach kam der Absturz: Die Aktienkurse seines Imperiums, das vor allem aus Ölfirmen, Bergwerken, Energie- und Versorgungsunternehmen besteht, fallen seither drastisch. Sein Vermögen ist auf knapp ein Drittel zusammengeschrumpft. Auf der „Forbes“-Liste ist er auf Platz 100 abgerutscht, allein vergangene Woche hat der Kurs eines seiner Unternehmen um 40 Prozent nachgegeben.

Auch hatte Batista Investoren mit der Aussicht auf riesige Ölvorkommen vor der Küste Brasiliens angelockt und eine Zunahme von Aufträgen für Infrastrukturversprochen. Doch die Quellen liefern weniger Öl als erhofft, viele Voraussagen mit der sich nicht erfüllt. Das „Imperium X“, wie er sein Konsortium gern nennt, hat sich als Luftschloss entpuppt.

Brasilien war immer eine permissive Gesellschaft: Wer reich ist, wird selten für seine Verbrechen belangt. Politiker berufen sich auf ihre parlamentarische Immunität; in Rathäusern, Gouverneurspalästen und im Kongress sitzen viele Kleptokraten. „Tudo acaba em Samba“, lautet ein zynisches brasilianisches Sprichwort: Alles endet im Samba. Seit Jahrzehnten vertrauten die Mächtigen auf diese Kultur der Straflosigkeit.

Es ist auch die Wut über diese Mentalität, die sich in dem Volksaufstand entlädt wie ein Sommergewitter. Doch die Regierenden haben das offenbar nicht verstanden, sie reagierten wie immer:

Erst versuchten sie, den Protest gewaltsam zu unterdrücken; dann, die Protestierenden zu vereinnahmen. Präsidentin Dilma Rousseff lobte die Demonstranten, und die Bürgermeister nahmen die Fahrpreiserhöhungen zurück.

Die Proteste erschüttern das Land in einem kritischen Moment: Die Wirtschaftsmacht Brasiliens schwächelt. Im vergangenen Jahr wuchs die Wirtschaft nur um 0,9 Prozent, damit war Brasilien das Schlusslicht der BRICS-Staaten.

Kommt nach der Sause der Lula-Jahre jetzt der Brasilien-Blues? „Der Optimismus war übertrieben, der Pessimismus ist es auch“, sagt Ilan Goldfajn, Chefvolkswirt bei Itaú Unibanco, Brasiliens größter Bank. Das Wirtschaftswachstum für dieses Jahr wird von Rating-Agenturen auf 2,5 Prozent geschätzt. Die Präsidentin versucht, den Konsum anzukurbeln, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Sie hat die Zinsen gesenkt, doch der Erfolg blieb bisher aus. Viele Brasilianer sind hoch verschuldet, sie haben Haus und Auto auf Kredit gekauft, jetzt müssen sie sparen.

Zudem hat die Zinssenkung zu einem Anstieg der Inflation geführt. Vor allem die Preise für Lebensmittel und Dienstleistungen sind deutlich gestiegen. Tomaten waren eine Zeitlang so unerschwinglich, dass Schmuggler sie aus Argentinien ins Land brachten. Zwar hat die Regierung die Zinsen inzwischen wieder erhöht, doch das wird kaum ausreichen, um die Inflation zu stoppen. Der Verfall des Real heizt die Preise weiter an, Importe werden immer teurer.

Die Preissteigerungen wecken Erinnerungen an die Jahrzehnte, in denen das Land unter hoher Inflation litt. Der Bau der Hauptstadt Brasília und Megaprojekte der Militärdiktatur hatten den demokratischen Regierungen einen riesigen Schuldenberg hinterlassen. Mitte der Achtziger explodierten die Preise, fünfmal führte die Zentralbank seitdem eine neue Währung ein. Erst 1994 gelang es dem damaligen Finanzminister Fernando Henrique Cardoso, die Wirtschaft mit einer Kombination aus Sparmaßnahmen und Währungsreform zu stabilisieren.

Als 2002 der einstige Arbeiterführer Lula gewählt wurde, zogen viele Anleger ihr Geld ab: Sie fürchteten, dass Lula die Stabilitätspolitik seines Vorgängers aufgeben würde. Doch der Linke überraschte die Finanzwelt, es gab keine sozialistischen Experimente. Gleichzeitig stiegen die weltweiten Preise für Rohstoffe und Nahrungsmittel, Brasiliens wichtigste Exportgüter. Milliardeninvestitionen flossen ins Land, der Real wurde zu einer stark überbewerteten Währung.

Zugleich führte die Regierung großzügige Sozialprogramme für die Armen ein, so stiegen über 20 Millionen Brasilianer in die Mittelschicht auf. Während seiner

zweiten Amtszeit jedoch öffnete Lula die Schleusen der Staatskasse: Er startete Megaprojekte und vergab Kredite an die Armen - Wahlkampfhilfe für seine Nachfolgerin Rousseff, die auf diese Weise 2010 die Präsidentschaftswahl gewann.

Die Wirtschaftsexperten hofften, dass Rousseff danach zu einer orthodoxen Finanzpolitik zurückkehren würde. Stattdessen senkte sie die Zinsen und mischte sich in die Geldpolitik ein. Sie hat den Staatskapitalismus ausgeweitet und mehrere neue Staatsunternehmen gegründet. Wichtige Strukturreformen bleiben unterdessen im Sumpf der Regierungsbürokratie stecken. Das Straßennetz ist veraltet, die Häfen werden von korrupten Gewerkschaften beherrscht, der Ausbau der Flughäfen kommt nicht voran. Auch die Ausbeutung der Ölvorkommen in der Tiefsee stockt, weil Technologie fehlt. 2006 hatte Lula noch stolz verkündet, dass Brasilien bei der Rohölversorgung autonom sei. Inzwischen müssen Benzin und Ethanol importiert werden.

Ohne die Regierung geht in Brasilien wenig - und so blüht auch die Korruption. Renovierung und Neubau der Sportstätten für die Fußball-WM und die Olympischen Spiele wurden mit wenigen großen Baufirmen ausgehandelt, die Projekte verschlingen immer neue Milliarden. Die se Kungelei zwischen Staat und Unternehmen ist auch einer der Gründe für den Zorn der Mittelschicht.

Zusammen mit Armen und Studenten gehen auch viele Gewerbetreibende auf die Straße, Ladenbesitzer und Taxifahrer haben sich den Demonstrationen spontan angeschlossen. „Es fehlt nicht an Geld, wir zahlen Unsummen an Steuern“, klagt Raoni Nery, 27, der bei den Protestmärschen in Rio dabei war, „aber wir bekommen keine Gegenleistung.“

Der Computerexperte betreibt eine kleine IT-Firma, er würde gern eine Hilfskraft einstellen: „Aber das kann ich mir nicht leisten, weil die Sozialabgaben zu hoch sind. Unsere Arbeitsgesetzgebung ist total veraltet.“ Es dauert Monate, eine Firma zu gründen; niemand durchschaut all die Vorschriften und Gesetze. Wer ein Geschäft aufmachen möchte, muss oft Schmiergelder an Inspektoren der Stadtverwaltung zahlen.

Großunternehmen verbuchen die Sonderausgaben für Transport, Bürokratie und Korruption als „Custo Brasil“: Brasilien kostet. Am Ende zahlen dafür aber die Kunden.

Weil nächstes Jahr die Präsidentschaftswahl ansteht, öffnet die Regierung wieder mal ihre Kassen. Vor zwei Wochen kündigte Dilma Rousseff ein besonderes Wahlgeschenk an: Wer mit günstigen Staatskrediten ein Haus erworben hat, kann zusätzlich ein weiteres Vorzugsdarlehen von bis zu 5000 Real erhalten - für die Einrichtung.

JENS GLÜSING